

Harald Thomé / Referent für Arbeitslosenrecht

Von: "Dr. Thomas Hohlfeld" <thomas.hohlfeld@linksfraktion.de>
Datum: Freitag, 19. Mai 2017 12:22
An: "undisclosed-recipients:"
Anfügen: 18234_dritte Lesung GE Ausreisepflicht.pdf; SF60_Deckelung Dublin-Überstellungen aus GR_Jelpke.pdf
Betreff: Neues aus dem Bundestag: GE Ausreisepflicht beschlossen / Deckelung der Dublin-Familienzusammenführung aus Griechenland u.a.

Liebe Interessierte,

1) das **Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht wurde gestern Abend im Bundestag mit den Stimmen der Koalition** (zwei Abweichler bei der SPD) **beschlossen** – anbei das **Protokoll** der dazugehörigen Debatte zur Information.

Ulla Jelpke sprach für DIE LINKE. von einem „Sammelsurium flüchtlingsfeindlicher Schweinereien“.

Dominiert wurde die Debatte aber – das war leider absehbar – von den Regelungen zu so genannten „Gefährdern“. Burkhard Lischka (SPD) hielt dazu eine unterirdische Rede. Und er wiederholte die Mär, wonach Handy-Durchsuchungen bei Asylsuchenden angeblich nur im als letztes Mittel erfolgen sollen, wenn angeblich alle anderen Versuche zur Klärung der Herkunft und Identität gescheitert seien. Das BAMF hatte im Gesetzgebungsverfahren unmissverständlich dargelegt, dass es die Handys, smartphones usw. systematisch auslesen wird, wenn kein Reisepass vorliegt – also in mehr als der Hälfte aller Fälle.

Ebenso dreist Staatssekretär Schröder, der erklärte: „Im Zuge der parlamentarischen Beratungen haben wir einen weiteren Gesichtspunkt aufgegriffen“ – er meinte die Regelung zu angeblichen missbräuchlichen Vaterschaftsanerkennungen, doch eine gründliche parlamentarische Beratung dieser kurzfristig eingebrachten Regelung wurde ja gerade verhindert...

Im Schweinsgalopp geht es weiter:

Im beschleunigten Verfahren wird nun die **Verabschiedung im Bundesrat für den 2. Juni angepeilt**.

Die Ministerpräsidenten, die sich (mit Ausnahme Bodo Ramelow's) im Februar 2017 mit der Bundeskanzlerin auf Verschärfungen bei Abschiebungen im Grundsatz geeinigt hatten – was nach parlamentarisch-demokratischen Gesichtspunkten ohnehin ein Unding war! –, sind spätestens infolge des Änderungsantrages der Koalition an den MPK-Beschluss vom 9.2.2017 in keiner Weise politisch gebunden: Denn von einem Verfahren zu missbräuchlichen Vaterschaftsanerkennungen war dort nicht die Rede!

In der **Protokollerklärung Berlins und Brandenburgs zum MPK-Beschluss vom 9.2.2017** hieß es zudem:

„Die Beschlussvorlage beinhaltet aus Sicht der Länder Berlin und Brandenburg (...) Regelungen, die je nach konkreter Ausgestaltung rechtlichen bzw. verfassungsrechtlichen Bedenken begegnen können. Mit der Zustimmung zum Beschluss wird daher das Abstimmungsverhalten der Länder Berlin und Brandenburg im Bundesrat nicht vorweg genommen.“

Mindestens die Regelung zur „Handy-Durchsuchung“ von Asylsuchenden hält verfassungsrechtlichen Kriterien in keiner Weise stand – das ist nach der klaren Intervention der Bundesdatenschutzbeauftragten offenkundig! Aber auch die unbegrenzte „Gefährder“-Abschiebehaft und Überraschungsabschiebungen nach langjährigem Aufenthalt sind nach meiner Einschätzung klar verfassungswidrig. Die Übertragung der Aufgabe der Überwachung der aufenthaltsrechtlichen „Fußfessel“ auf kommunale Ausländerbehörden ist möglicherweise ein Verstoß gegen Art. 84 Abs. 1 Satz 7 GG – dies hatten zumindest der Deutsche Städtetag und die Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände vorgebracht.

Zu klären ist auch, inwieweit das Gesetz durch den Änderungsantrag der Koalition im Bundesrat zustimmungspflichtig geworden ist; hierfür gibt es zumindest stichhaltig Anhaltspunkte.

2) Vorsorglich hinweisen möchte ich darauf, dass in der nächsten Sitzungswoche, voraussichtlich **am 1. Juni 2017, erneut eine (Geschäftsordnungs-) Debatte zum verhinderten Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten im Bundestag** stattfinden wird.

Da auf Betreiben der SPD die Debatte und Verabschiedung der diesbezüglichen Initiativen der Opposition im Innenausschuss mehrfach verhindert wurde, wurde eine Geschäftsordnungsdebatte hierzu anberaumt – was möglich ist, wenn Initiativen auch zehn Sitzungswochen nach ihrer Einbringung noch nicht im Ausschuss abgeschlossen wurden.

Eine Beratung und Abstimmung in der Sache wäre dem natürlich vorzuziehen.

3) Vielfach wird heute berichtet über eine **Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage von Ulla Jelpke zu einer Deckelung des Familiennachzugs aus Griechenland im Rahmen der Dublin-Verordnung**, z.B.:

<http://www.rnd-news.de/Exklusive-News/Meldungen/Mai-2017/Bundesregierung-schraenkt-Familiennachzug-von-Fluechtlingen-ein>

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-05/thomas-de-maiziere-familiennachzug-fluechtlinge>

Anbei die Antwort der Bundesregierung zur Information. Konkrete Angaben wurden darin allerdings (trotz klarer Fragestellung) nicht gemacht, die in der Frage enthaltenen Zahlen wurden weder bestätigt noch dementiert. Nach uns vorliegenden Informationen ist die Deckelung auf 70 Antragsteller pro Monat seit 1.4.2017 in Kraft. Diesbezüglich wird noch einmal nachgefragt, klar.

Ähnliche Informationen hatte bereits ECRE verbreitet:

<https://www.ecre.org/greece-germany-cap-on-transfers-under-dublin-family-provisions/>

4) Auch in schlechten Zeiten darf gelacht werden: **BAMF-Superstar Weise** hat sich mit einem Interview mit einem Magazin des Bundeswehr-Reservisten-Verbandes aber so was von in die Nessel gesetzt... In etwa zeitgleich zum Bekanntwerden der skurrilen Flüchtlingsanerkennung des Bundeswehr-Terroristen Franko A. durch einen abgeordneten Bundeswehr-Soldaten im BAMF wird das Interview unter der prahlerischen Überschrift veröffentlicht: „**An entscheidenden Stellen habe ich Soldaten eingesetzt**“! Mit militärischen Führungsprozessen und Soldaten, die „Anweisungen schneller und ohne Diskussion“ umsetzen, habe er die Lage im BAMF in den Griff bekommen usw. usf.

Peinlich.

Hier ausgegraben:

<http://www.br.de/nachrichten/weise-frank-juergen-soldaten-100.html>

Schlechtes Omen für die Zukunft des BAMF: Seine Nachfolgerin im Amt, Jutta Cordt, soll auf sein Anraten hin bereits mit Interesse an einer Wehrübung in Hammelburg teilgenommen haben...

Beste Grüße

Thomas Hohlfeld

Dr. Thomas Hohlfeld
Referent für Migration und Integration

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon +4930/227-51122
Telefax +4930/227-56293
thomas.hohlfeld@linksfraktion.de
www.linksfraktion.de

Links wirkt: Sozial. Gerecht. Friedlich.

Abonnieren Sie jetzt:
www.linksfraktion.de/newsletter
